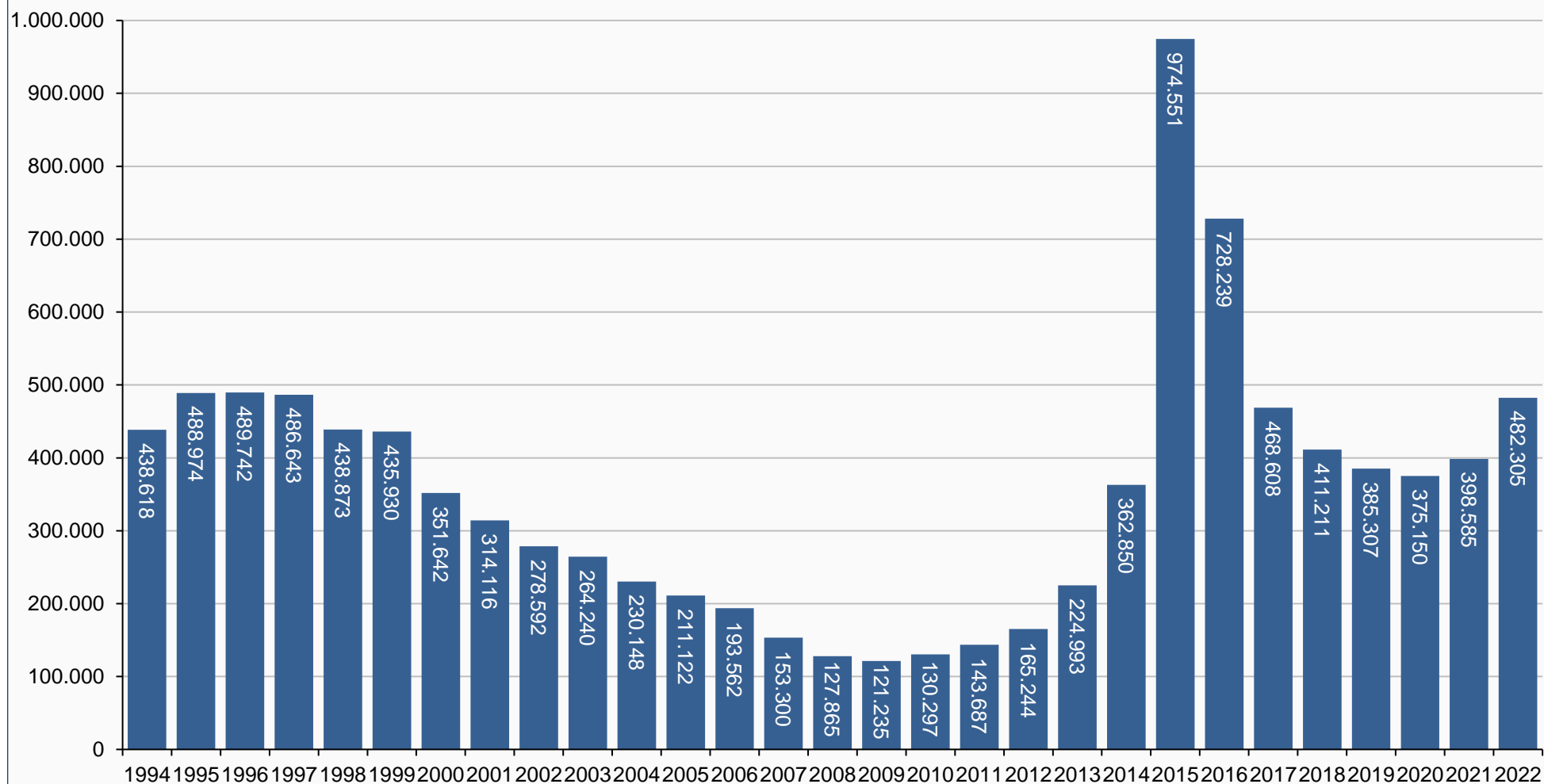


■ Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 1994 - 2022¹



¹ Daten zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Jahres; Aus verschiedenen Gründen kam es seit 2019 zu Untererfassungen.

Im Jahr 2019 und 2020 in NRW Untererfassung von ca. 8.500 und 6.800 Fällen, im Jahr 2021 in Brandenburg (Höhe offen), im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz in Höhe von ca. 1.000 Personen sowie in Baden-Württemberg (Höhe offen).

Quelle: Statistisches Bundesamt (2023), GENESIS-Online; Destatis-Homepage

Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 1994 - 2022

Zum Jahresende 2022 erhielten rund 482 Tsd. Personen in Deutschland Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – wobei vermutlich eine Untererfassung vorliegt. Nach dem Höchststand im Jahr 2015 mit 974.551 Personen hatte sich die Zahl der Leistungsempfänger*innen bis zum Jahr 2020 innerhalb von vier Jahren mehr als halbiert. Im Jahr 2021 kam es zum ersten mal seit 2015 wieder zu einem leichten Anstieg der Zahlen (+ 23 Tsd.). Zum Jahr 2022 stieg die Zahl erneut deutlich an (+ 84 Tsd.)

Insgesamt lässt die Abbildung erkennen, dass die Zahl der Leistungsempfänger*innen seit der Einführung des Gesetzes im Jahr 1994 zunächst kontinuierlich gesunken ist – von nahezu 490.000 auf 121.000 im Jahr 2009. Seitdem ist jedoch ein leichter Anstieg, und ab dem Jahr 2014 ein starker Anstieg bei den Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu verzeichnen, der sich im Jahr 2015 noch einmal mehr als verdoppelt hat. Die schwierigen politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse in vielen Ländern der Welt und insbesondere die anhaltenden Bürgerkriege in Syrien, Libyen oder Afghanistan sind hierfür zentrale Ursachen. Durch verschiedene politische Maßnahmen, wie unter anderem durch neu geschaffene internationale Flüchtlingsabkommen, etwa mit der Türkei, ist die Zahl der Leistungsempfänger*innen ab dem Jahr 2016 bereits wieder stark gesunken, liegt allerdings weiterhin deutlich über den Zahlen vor dem Jahr 2014.

Zum Jahresende 2022 stammt über die Hälfte der Leistungsempfänger*innen (250 Tsd.) aus Asien (überwiegend aus Syrien, Afghanistan und Irak). Rund 16 % der Leistungsbeziehenden kommt aus Afrika (77 Tsd.) sowie knapp 27 % aus Europa (138 Tsd.), wobei Personen aus der Ukraine (ca. 40 Tsd. Personen), Türkei (ca. 36 Tsd. Personen) und Russischen Föderation (ca. 22 Tsd. Personen) am stärksten vertreten sind. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wurden Ukrainer*innen in Deutschland zunächst wie andere Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz versorgt. Ab Juni 2022 wurden sie in die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Bürgergeld) eingegliedert. Neu ankommende Ukrainer*innen werden bis zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis weiterhin über das Asylbewerberleistungsgesetz abgesichert und erst im Anschluss über die Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Hintergrund

Leistungsberechtigt im Sinne des Asylbewerberleistungsgesetzes sind Ausländer*innen, die sich in Deutschland aufhalten und eine der Voraussetzungen nach § 1 AsylbLG erfüllen, dazu zählen unter anderem (Stand 31.12.2018): Aufenthaltsgestattung, Duldung, Abschiebungsandrohung noch nicht oder nicht mehr vollziehbar, Ehegatten, Lebenspartner*in oder minderjährige Kinder, noch nicht gestattete Einreise über einen Flughafen sowie Folge- oder Zweit Antrag. Dieser Personenkreis ist von den Leistungen der Grundsicherung nach SGB II und SGB XII ausgeschlossen und wird auf ein besonderes fürsorgerechtliches Leistungsgesetz, das Asylbewerberleistungsgesetz, verwiesen. Dieser Ausschluss aus der Sozialhilfe steht im Zusammenhang mit der Neuregelung des im Grundgesetz geregelten Asylrechts im Jahr 1992 (sogenannter „Asylkompromiss“).

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz weichen in mehrfacher Hinsicht von den Prinzipien und Ansprüchen ab, die die anderen Grundsicherungssysteme kennen:

- Der Lebensunterhalt wird zu einem wesentlichen Teil durch Sachleistungen, wie z.B. durch Verpflegung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften sowie Bekleidungsausgaben, und/oder durch Wertgutscheine sichergestellt.
- Die Leistungen sind gegenüber den Regelbedarfen abgesenkt. So sind die Leistungssätze in den Jahren zwischen 1993 und 2012 unverändert geblieben. Erst seit 2015, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2012, dass das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle in Deutschland lebenden Menschen gilt und auch die Asylbewerberleistungen regelmäßig angepasst werden müssen, orientieren sich die Leistungen grundsätzlich an der Sozialhilfe bzw. am Arbeitslosengeld II („Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern“). Im Jahr 2019 fand eine erneute Anpassung der Leistungen statt, im Rahmen dessen unter anderem die Kosten für Strom und Wohnungsinstandhaltung aus den Geldleistungen für Asylbewerber*innen ausgegliedert wurden und als Sachleistung erbracht werden.
- Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt gelten eingeschränkt, sie zählen zu den sogenannten „besonderen Asylbewerberleistungen“ und werden in speziellen Bedarfssituationen gewährt. Zum Jahresende 2022 erhielten insgesamt etwa 57.600 Asylbewerber*innen ausschließlich Leistungen in diesem Sinne. Im Jahr 2021 waren es nur etwa 2.985 Personen.

Fragt man nach der Begründung für die mehrfache Schlechterstellung, so steht neben dem fiskalischen Motiv der direkten Ausgabenminderung auch die Zielsetzung im Mittelpunkt, die Zuwanderungszahlen zu begrenzen und die niedrigen Leistungen als Abschreckungsfaktor einzusetzen. Hinzu kommt das Argument, dass den betroffenen Ausländer*innen wegen ihres begrenzten Aufenthaltes in Deutschland keine Integrationsleistungen zu gewähren seien. Diese Begründungen für ein abgesenktes Leistungsniveau sind vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 2012 als verfassungswidrig erklärt worden.

Nach einer Gewährung von Asyl, der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder subsidiären Schutz ist nicht mehr das Asylbewerberleistungsgesetz die Grundlage für den Erhalt von sozialen Leistungen, sondern die Personen haben dann Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II/ der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Aufgrund dieser Zuständigkeiten spiegelt sich die erhöhte Zuwanderung ab dem Jahr 2015 in den Empfängerquoten der Grundsicherung für Arbeitssuchende erst verzögert wider. So setzte ein Anstieg der SGB II-Quote von Ausländer*innen in den Jahren 2016 und 2017 ein, also in den Jahren als die Zahl der Empfänger*innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zurückgegangen ist (vgl. [Abbildung III.63b](#)). Seit dem Jahr 2018 waren die Empfängerquote von Leistungen nach dem SGB II für Ausländer*innen wieder rückläufig. Ein Grund hierfür dürfte die in den vergangenen Jahren angestiegene Erwerbsbeteiligung von Ausländer*innen und insbesondere auch von Personen aus den zugangstärksten außereuropäischen Asylherkunftsländern sein (vgl. [Abbildung IV.30c](#)). Zuletzt ist im Jahr 2022

ebenfalls ein Anstieg der SGB II-Quote von Ausländer*innen zu verzeichnen, der auf die Eingliederung der ukrainischen Geflüchteten in das SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) ab Juni 2022 zurück gehen dürfte.

Methodische Hinweise

Die Daten entstammen der Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen, die das Statistische Bundesamt erstellt. Es handelt sich um prozessgenerierte Daten der jeweiligen Verwaltungen und somit einer Vollerhebung. Die Statistik der Empfänger*innen von Asylbewerberleistungen weist nur Personen mit bestehenden Leistungsbezug zum 31.12. eines Jahres aus.

Ausländer*innen, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft erhalten haben oder als Asylberechtigte anerkannt wurden, sind nicht leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und daher in der Abbildung nicht enthalten.